

**Zum ersten Mal äußern sich Häftlinge der RAF zur Dialog-Initiative von Walser, Vollmer und Co. / Kritik: „Vertreter des linkshumanistischen Lagers“ meinen Angebot zum Gespräch nicht ernst / Keine kleinen Gruppen!**

Berlin (taz) — Gefangene aus der RAF haben sich jetzt erstmals öffentlich zu einer Dialoginitiative geäußert, die im Herbst letzten Jahres unter anderem von dem Schriftsteller Martin Walser, der Grünen Antje Vollmer und dem Theologen Ernst Käsemann in Gang gebracht worden war. In drei Erklärungen, die die taz heute dokumentiert und die nach Informationen der taz von insgesamt zweiundzwanzig RAF-Gefangenen getragen werden, lehnen die Gefangenen einen Dialog mit gesellschaftlichen Kräften von außen nicht grundsätzlich ab. Die Häftlinge werfen den, wie sie sagen, „Vertretern des linkshumanistischen Lagers“ jedoch vor, das Dialogangebot nicht ernst zu meinen und unannehmbare Bedingungen zu setzen. In ihrer Kritik an Politik und Vorgehen der Dialog-Initiatoren ziehen sie das Fazit: „Umeinen Dialog mit offenem Ausgang geht es nicht, es geht darum, jedem Widerstand, ob bewaffnet oder unbewaffnet, den Boden zu entziehen.“ Während draußen in einer „groß angelegten Medienkampagne“ von Dialog die Rede sei, werde in den Knästen Isolation und Zensur verstärkt. Real sei der Dialog-Vorschlag „nichts weiter als die propagandistische Begleitmusik zur Verschärfung der Haftbedingungen.“ Im vergangenen Oktober hatte Walser die Initiative zum gesellschaftlichen Dialog mit den Gefangenen der RAF in einem offenen Brief gestartet. Diese Initiative wurde von mehreren Prominenten aus Politik, Kultur und Kirche unterstützt. In vierteljährlichen Abständen, so der Vorschlag, sollten all die Gefangenen aus der RAF, die dazu bereit sind, an einem Ort zusammentreffen können, um miteinander und mit Gesprächspartnern von außen in eine Diskussion zu treten. Nach langen Vorarbeiten hatte im Februar dieses Jahres das Bundesjustizministerium tendenzielle Zustimmung zu diesem Dialogversuch signalisiert. Die Gefangenen selbst hatten sich bisher öffentlich nicht dazu geäußert.

In den jetzt veröffentlichten ersten Stellungnahmen entzündet sich die Kritik der RAF-Gefangenen insbesondere an einer konkreten Initiative, über die die Beteiligten bisher bewußt Stillschweigen gewahrt hatten: In Nordrhein-Westfalen hat der Initiatorenkreis um Walser und Vollmer von den Justizbehörden im Mai grünes Licht für einen Dialog erhalten. Alle sieben in NRW einsitzenden Häftlinge aus der RAF erhielten daraufhin eine offizielle Einladung zu einem ersten Dialog mit Vertretern von außen. Für vier Stunden, so sieht die Vereinbarung vor, könnten die in vier verschiedenen Gefängnissen Inhaftierten zusammengelegt werden und ohne Sonderbewachung mit einem Personenkreis diskutieren, der zuvor von einer nichtstaatlichen Institution — gedacht ist an die Kirchen — zusammengestellt wird. Dieses Dialogangebot sollte nach dem Willen der Initiatoren ein Anfang sein, „ein Schritt dem andere folgen können“, so Antje Vollmer. Gerade dieser Schritt stößt in den RAF-Erklärungen jetzt jedoch auf heftigen Widerstand. Vorbedingung für ein Gespräch sei, daß alle rund zwanzig RAF-Inhaftierten zusammenkommen. Ein Gespräch einer kleinen Gruppe von fünf bis sieben Gefangenen, wie sie der Vorschlag vorsieht, sei kein akzeptabler Dialog. Mini-

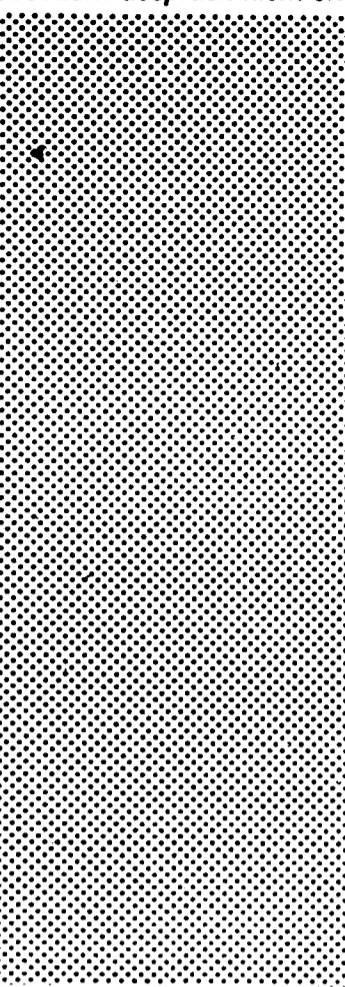
malbedingung sei, „daß wir alle daran beteiligt sind, also die Möglichkeit haben zu reden.“ Mit diesem Vorschlag hätten nicht sie, sondern die Initiatoren des Dialogs das Gespräch verweigert, schreibt der RAF-Gefangene Lutz Taufer in seiner Erklärung. Schon im März hätte man dieses NRW-Ländermodell deswegen abgelehnt. Wie jetzt ebenfalls bekannt wurde, hatte es hinter den Kulissen schon vor der ersten öffentlichen Stellungnahme der Gefangenen Tuchfühlung zwischen den Initiatoren des Dialogversuchs und den angesprochenen Gefangenen gegeben. Im März hatte die RAF ein Vorgespräch mit dem Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger gesucht. Bei einem Treffen mit Enzensberger, das in Schwalmstadt stattfand, sollte der dort einsitzende RAF-Gefangene Helmut Pohl stellvertretend auch für andere Gefangene die Bedingungen für einen Dialog „auschecken“ und gleichzeitig den Dialog-Initiatoren mitteilen, wie man sich ein solches Gespräch mit der sogenannten Außengruppe vorstellt. Ein zweites Treffen mit Enzensberger, das für Juli geplant war, kam jedoch nicht mehr zustande.

Im Oktober vergangenen Jahres richteten die Grünen-Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer, der Theologe Ernst Käsemann und der Schriftsteller Martin Walser ihren „Vorschlag zur Eröffnung eines gesellschaftlichen Dialogs“ an die Gefangenen aus der RAF, an Bundesjustizminister Engelhard und Generalbundesanwalt Rebmann. Während Rebmann den Vorschlag umgehend kategorisch ablehnte, fand im Februar dieses Jahres ein Gespräch zwischen den Dialog-Initiatoren und Justizminister Engelhard statt, an dessen Ende beide Seiten einen „positiven Gesprächsverlauf“ vermeldeten. Aus dem Knast haben zu dem Dialog-Vorschlag bisher nur die Gefangenen aus der ehemaligen „Bewegung 2. Juni“, Ralf Reinders und Ronald Fritsch, in einer öffentlichen Erklärung Stellung genommen. Sie nannten den Dialog-Vorschlag ein „alternatives Gehirnwäscheprogramm“, „eine Verfassungsschutzkampagne gegen die radikale Linke“. Wir dokumentieren heute die Erklärungen von Gefangenen aus der RAF zum Dialog-Vorschlag und den Bedingungen, unter denen der Dialog aufgenommen werden sollte. Lutz Taufer, seit 1975 in Haft, Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt, inhaftiert seit 1982, wurden alle drei zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt.

**Erklärung von Adelheid Schulz**

Letzten Oktober kamen Vollmer, Käsemann und Walser mit einem Papier raus, das einen „gesellschaftlichen Dialog“ vorschlägt. Die gefangenen Militanten sollen in den Knästen mit einer Gruppe von Personen aus kulturellen, kirchlichen und politischen Bereichen zusammentreffen. Das Ziel der Initiatoren: die politisch-militärische Praxis der Linken in der BRD befrieden und die Amnestiekampagne weiterführen.

Zu dieser großangelegten Medienkampagne von wegen „Dialog“ — inzwischen ist klar, es ist nichts weiter als die propagandistische Begleitmusik zur Verschärfung der Haftbedingungen. Das heißt, während real die Zuspitzung von Isolation und Terror läuft, wird eine große Propagandablase hochgezogen, die das Gegenteil suggerieren soll — „Deeskalation der Situation“ — die Gefangenen könnten einen „Dialog“ führen; das heißt es soll transportiert/suggeriert werden, das Vernichtungsprogramm gäbe es nicht mehr und es gäbe jetzt die Möglichkeit zu einer Diskussion



einen Sinn gehabt hätte, wären gewesen. Minimalbedingungen zu schaffen, das heißt, daß wir alle daran beteiligt sind, also die Möglichkeit haben zu reden. Daß Isolation — zum Teil seit 16 Jahren —, die Trennungen untereinander, Kommunikationssperren per Zensur keine Basis für einen „Dialog“ sind, das ist jedem klar, dem es wirklich um eine Diskussion mit uns geht.

Von einem „gesellschaftlichen Dialog“ ganz zu schweigen, denn erstens sind ein paar Prominente nicht die Gesellschaft und „repräsentieren“ sie auch nicht und zweitens schließt ein tatsächlicher „gesellschaftlicher Dialog“ diese staatschutz-manipulierte Öffentlichkeit, die über die bürgerlichen Medien transportiert wird, aus.

Gesellschaftliche politische Diskussion, um die wir kämpfen, setzt Authentizität voraus und so natürlich die Möglichkeit, daß wir uns artikulieren können und zwar als das, was wir sind (ein Gefangenen-Kollektiv). Das setzt auch Minimalbedingungen voraus wie die Möglichkeit zur Kommunikation unter uns, die Aufhebung der Isolation, also die Zusammenlegung, die Aufhebung der politischen Zensur und der Besuchsverbote, weil das die Sperren sind, die um uns herum hochgezogen werden, um einen „gesellschaftlichen Dialog“ mit uns zu verhindern.

Aber wie gesagt, es ging konkret darum, die Bedingungen für ein Gespräch zu klären, an dem wir zusammen beteiligt sind. Das wurde Vollmer übermittelt.

Die Vorstellung dabei war, daß es eine Möglichkeit sein könnte, eine Schneise in die staatliche Doktrin der Isolierung zu schlagen und die, die kommen würden, mit der Lage in den Knästen zu konfrontieren und mit unserem Begriff der politischen Situation.

Die Reaktion darauf war ein „Länderprojekt in NRW“ und — alle Gefangenen zusammen sei nie ernsthaft im Gespräch gewesen.

Das heißt, wir in NRW bekamen Ende Juni eine schriftliche Einladung, daß die Gefangenen in NRW für vier Stunden in Ossendorf zusammenkommen sollten. Das Angebot war — fünf von uns (und Klaus Viehmann und Stefan Wisniewski) und zwölf Prominente und es dürfen keine schriftlichen Unterlagen mitgebracht werden. Also nur wenige (eine Kleingruppe) von uns für vier Stunden zusammen und das nach 'zig Jahren Isolation, nach 'zig Jahren, in denen wir kein Wort miteinander reden konnten. Das sollten die Bedingungen für einen „Dialog“ sein.

Ich hatte daraufhin (am 8. 7.) bei der Anstalt ein Gespräch mit Christa<sup>2</sup> beantragt, um mit ihr über diese Sache reden zu können. Von der Knastleitung kam dazu, es ginge nicht ohne die Genehmigung vom Justizministerium und das würde abgeklärt. Das war vor drei Wochen und in der Zwischenzeit wurde Christa mit Gewalt in den Arrest geschleppt, weil sie zu mir wollte. Aus diesem Versuch wurde ein „Angriff und Verletzung von Beamten“ konstruiert.

Christa schreibt dazu: „Als ich gestern zum Besuch ging, wurde grad die Tür von 15 aufgeschlossen. Ich hab natürlich versucht reinzukommen, das heißt, die Tür

aufzudrücken. Die Schließerin hat sich aber davor geklemmt. Als ich gemerkt hab, daß es nicht ohne großes Gerangel geht, bin ich gleich weiter. Das war vielleicht eine Sache von 10 bis 15 Sekunden. Nach dem Besuch das Aufgebot — zwei Schließerinnen vor 15, eine vor 14 (außen) und der Traktierer mit dabei — hieß ja schon, daß sie da was draus machen wollen. Na und heute dann: „Angegriffen und verletzt.“ Das ist das Gegenstück, was fugenlos darein paßt, was bei dir gelaufen ist. So was brauchen sie jetzt. Was sie da jetzt genau draus machen, weiß ich nicht. Ich bin auch nicht bereit, auf der Ebene von so 'nem Konstrukt mit ihnen zu reden. Ich hab nur gesagt, daß ich niemanden angegriffen habe, daß ich zu dir will und sie das wissen.“

Das heißt, Christa sitzt jetzt wegen einem Versuch, mich zu sehen, für eine Woche im Arrest (das bedeutet, außer Stuhl, Tisch, Bett und einem Kuli und Papier ist da nichts — auch keine Zeitungen, kein Radio, also keine Nachrichten und totale Abschottung).

Darangeht es nichts zu interpretieren, das ist eine deutliche Antwort auf das beantragte Gespräch im Rahmen vom „Dialog“. Eine offizielle Antwort haben wir nicht, aber das ist auch unnötig, wir kriegen täglich ihr Projekt demonstriert.

Unsere Vorstellung eines Gesprächs hätte Aufrichtigkeit statt Kalkül vorausgesetzt; das hätte in erster Linie einmal bedeutet, daß sich diese Vertreter des linkshumanistischen Lagers, die diesen „Dialog“ initiieren wollten, von den Staatsschutzkategorien auf tatsächlich linkshumanistische Kategorien besinnen — wie zum Beispiel das Engagement für den Schutz von Gefangenen —, sich von den Kategorien der Staatsschutzpolitik zu lösen, die die Bestimmung unserer Haftbedingungen und die Ablehnung der Zusammenlegung zu einer Frage der Staatsräson macht — anstatt taktikbewußt die Bedingungen, Isolierknast, auszubeuten.

Die einen agieren auf den Bühnen der Medienmonopole — gefangene Militante zwischen Isolation, Knastzensur und offensiver Interpretation von BAW, VS<sup>3</sup> usw., das heißt Desinformation und Nachrichtensperre.

Seit den Erklärungen/Aussagen im Prozeß in Stammheim, nachdem wirklich was von uns nach draußen gedrungen ist, läuft offener Terror — mit Postsperrern, das Kappen von Briefkontakten und Informationen (das so weit geht, daß bei einigen auch Berichte über die TV-Dialog-Sendung „Ein Brief und seine Folgen“ von der Zensur kassiert wurden), Verfügungen, die es möglich machen, jeden Brief anzuhalten, Verfügungen, die auf Verbot von Zeitschriften und Broschüren hinauslaufen, Besuchsverbote. Und verknüpft ist das Ganze mit gezielten Angriffen gegen einzelne, wie jetzt bei Christa, und davor wurde Christian<sup>4</sup> zusammengeschlagen, als er in den Bunker geschleppt wurde.

Die Situation ist auf dieser Ebene davon bestimmt, daß sie die Isolation nicht mehr rechtfertigen können und die Rechnung, uns mit ihren Schein-Normalvollzugsprogrammen zu brechen, nicht aufgegangen ist. Also nehmen sie im Rahmen von „Dialog“ und Normalvollzugs-Passaden und -Propaganda einen neuen Anlauf

zur nackten Eskalation mit Kommunikationsverboten und offenen Angriffen. Das ist die Situation und die Sprache des Systems an den Linien der Konfrontation, wo sie politisch am Ende sind und keine Legitimation mehr haben. Das heißt, offener Terror in den Knästen; gegen alle bewußten Antagonismen und gegen alle, die gegen die Isolation und für die Zusammenlegung Öffentlichkeit herstellen; Observationen, Drohungen, Verfahren, Knast, gebrochene Knochen für die, die das Vernichtungsprojekt nicht hinnehmen und sich für die Zusammenlegung einsetzen.

Das ist die Wirklichkeit des „Dialogs“, der „Deeskalation“ — der Realitätsverlust in einer Vorstellungswelt von abgestumpften Kleinbürgern, die in ihrem Papier sagen: „Anlaß und Form der Konfrontation stammen aus einer vergangenen Zeit.“ Es malt einen leuchtenden Himmel, unter dem „die Diktaturen auf dem Rückzug sind. Überall.“ Befreiungsbewegungen erkämpfen ohne Notwendigkeit zum Gebrauch der Waffen ihre Ziele — „so auch hier.“ Der Imperialismus wird zum „nicht aufrechtzuerhaltenden Faschismusverdacht.“ Die Militär-Polizei-Finanz-Maschine ist gar nicht so wie sie ist. Die Stunde sei günstig, weil „die Friedensbewegungen in der ganzen Welt Erfolg haben“ usw. Und so fragt das Papier, „ist es nicht grotesk, daß die Konfrontation bei uns sich nicht mildern will, obwohl die Umstände, die zu ihr führten, sich so sehr verändert haben?“

Das Bild scheint gemalt von merkwürdigen Vorstadtgartenbewohnern. Oder so: es ist dieser bestimmte Klassenblick eingerichteter Metropolenintellektueller, ihre Struktur.

Nichts ist erkennbar.

Die Untersten erfahren anderes — in den Slums und Lagern, in den Mehrwertpressen, oder als überflüssige, aus der Verwertung ausgespuckte, existierend als Nicht-Menschen, unter Massakern von Sondermilitär und Söldnerbanden, in den Metropolenstädten, in diesen Staatsschutzreichen, in Konzentrationslagern und Gefängnistrakten. Es ist eine andere Realität. Und die hat sie schon lang gelehrt — gegen die täglichen, kalt berechneten Verbrechen der Profit- und Unterdrückungsmaschine erkämpfen sie ihren Weg zu Menschenwürde und Befreiung in internationalistischer Solidarität, und Bewußtsein und Hand bewaffnet.

Die Untersten — da sind wir. Das ist unser Land, unsere Geschichte, unsere Politik und Identität: der Kampf um Befreiung. Ossendorf, Juli '88 Heidi Schulz

<sup>1</sup> Helmut Pohl

<sup>2</sup> Christa Eckes

<sup>3</sup> BAW: Bundesanwaltschaft

VS: Verfassungsschutz

<sup>4</sup> Christian Klar

## Erklärung von Lutz Tauer

Um einen Dialog mit offenem Ausgang geht es nicht, es geht darum, jedem Widerstand, ob bewaffnet oder unbewaffnet, den Boden zu entziehen. Das spüren viele, das ist die Wut, die den Amnestie-Leuten in den Veranstaltungen entgegenschlägt, eine Wut auch aus enttäuschter Hoffnung, die die Grünen für manche noch vor ein paar Jahren waren. In der

Selbstverständlichkeit, mit der sich die Amnestie-Leute vor die Gehirnwäsche-Institutionen ihres Staates stellen und „abschwören, abschwören“ hineinrufen, kann sich auch ihre Basis nicht mehr wiedererkennen. Ausdruck einer dreckigen Haltung ist das allemal, vor allem aber Konsequenz einer Politik, die sich auf das etatistische Gleis begeben hat — und das in einer Zeit, wo die Distanz zwischen Staat und weiten Teilen der Gesellschaft immer größer wird. Längst unauflösbar an die staatliche Funktionslogik gekettet, entsteht so ein drängender und drückender werdender Widerspruch. Hatten sich Teile der Grünen vom Mitspielen in den staatlichen Apparaten und Mechanismen eine gewaltige Ausdehnung des eigenen politischen Bewegungsspielraums versprochen, müssen sie jetzt feststellen, daß größere Teile der Gesellschaft von Parlamenten, Parteien und anderen staatsförmigen Organisationsformen der Macht die Schnauze gestrichen voll haben — und damit allein sind diese Teile der Gesellschaft den Grünen-Leadern um viele Jahre voraus. Waren sie bereit, die in der BRD für ehemalige Linke vor Zulassung zum Staatsdienst obligatorische Pflichtübung zu absolvieren, sich als Ordnungsfaktor zu beweisen, in diesem Fall beträchtliche Teile der Linken, Alternativen, Frauen-, Anti-AKW- und Friedensbewegung zu entradikalisieren und zu entpolitisieren, müssen sie jetzt feststellen, daß sie sich damit selbst aufs Trockene gesetzt haben. Wir denken nicht, daß es eine „Konfrontation RAF — Staat“ ist, in der die Grünen zerrieben werden. Vieles ist möglich, aber offensichtlich kein Dialog mit offenem Ausgang. Das liegt nicht an uns. Es liegt daran, daß in der Bundesrepublik mehr noch als in anderen imperialistischen Staaten oppositionelle Politik sich exklusiv in etatistischen Bahnen abzuspielen hat — oder über kurz oder lang mit dem Polizeistaat konfrontiert ist. Dieses historisch verwachsene und ungebrochene Verhältnis ändert sich nicht, indem man dort, wo der Polizeistaat am hartnäckigsten und brutalsten zuschlägt, zum Abschwören auffordert, sondern indem grundsätzlich die Legitimität von Gegengesellschaft und Gegenmacht von unten, von antistaatlichen und antiimperialistischen Kämpfen und Revolten, mit legalen und illegalen Mitteln verteidigt wird. So allein könnten polizeistaatliche Reaktionsweisen auf Kämpfe und Widerstand von unten überwunden werden. Darin läge nicht zuletzt die Überwindung der Staatsfrömmigkeit, wie sie im „Deutschen Herbst“ zum ersten Mal in der deutschen Geschichte in der Linken hochkam, und dem Staat einen unerwarteten — und so überschießenden — Handlungsspielraum eröffnete: Nicht die bewaffnete Politik überholt, überholt ist die

Staatsfixierung der Grünen.

Deshalb ist die Frage nach der Reaktion auf 18 Jahre extralegalen staatlicher Zwangsgewalt gegen politische Gefangene, die das Ziel hatte und noch immer hat, revolutionäres Bewußtsein zu brechen, nicht eine Frage, die uns alleine, das Gefangenenkollektiv, angeht. Es gibt Grüne, die schlagen der Celler-Loch-Regierung Albrecht

vor, zur endgültigen Lösung dieses Problems den Gefangenen aus dem bewaffneten Kampfein auf 12 Monate befristetes Ultimatum zu stellen — um abzuschwören (Antrag der Fraktion der Grünen im Niedersächsischen Landtag zur „Initiative zu einer Amnestie für Aussteiger aus dem Terrorismus“, Hannover 12.10.1987, Landtagsdrucksache 11/1632). Das hat schon seine Logik. Weder links noch rechts, dafür wertfrei.

Es ist nicht unser Problem alleine. Deshalb waren wir zu einem Gespräch bereit.

Wir haben einen ganz einfachen Vorschlag gemacht:

Bevor man einseitig irgendwelche Projekte macht, die man „Dialog“ nennt, sollte man doch erstmal schauen, was überhaupt los ist. Unser Vorschlag war, wir machen das zunächst einmal. Aber das richtig. Das heißt, nicht jene ominöse Hälfte der Gefangenen-Gruppe, die sich nach astrologischen Berechnungen der Amnestie-Leute innerlich gelöst haben soll, tritt zum Dialog an, sondern alle kommen zusammen, unter Umständen, unter denen man vergleichsweise frei reden kann, keine Bullen, kein verdinglichter Austausch von Statements, sondern etwas, wie es das im Knast als „Gemeinschaftsaufschluß“ gibt: Jeder kann mit jedem reden. Und dann, am Ende bzw. nachdem die Gespräche von allen verdaut wurden, schauen sich das alle an und sehen, ob und was für alle Beteiligten ein Sinnvolles möglich ist. Danach die Überlegung, ob und wie das weiter- und weiterdurchgeführt werden soll und kann.

Mitte Oktober der Dialog-Aufruf, Mitte Dezember waren wir uns einig, über einen Anwalt wurde einer der Dialog-Teilnehmer wegen eines Besuches bei einem Gefangenen angesprochen. Der Besuch war Mitte März — Ende Mai schließlich wußten wir, was das ist, Dialog ohne Vorbedingungen und mit offenem Ausgang: fünf von uns, die aus NRW, sollten für vier Stunden mit einer „Gesprächsgruppe“ zusammenkommen, daß wir alle zusammenkommen, war nie ernsthaft im Gespräch. Ja, wir hören's schon — soll doch nur ein Anfang sein.

Nein, das ist keiner.

Glatter Terror, klar. „Terroristische Forderung“, Rebmann. Da fällt ihnen dann nichts mehr ein. Nur Antje Vollmer, der fällt immer noch was ein: „Wie soll man mit jenen Frauen ins Gespräch kommen, die sich als Soldatinnen verstehen, weshalb sie ihre Gefängniszellen demonstrativ spartanisch eingerichtet haben? Wie ansprechbar wird jener Gefangener sein, der seinen alten Vater beim Besuch anspuckt und anbüllt?“ (Gespräch der 'Süddeutschen Zeitung' mit Antje Vollmer, 'SZ' 8.4. '88 — also Wochen, nachdem sie von unserer Gesprächsbereitschaft wußte).

Wer so redet oder reden läßt, will keinen gesellschaftsorientierten Dialog, der will den Monolog, die Teilnahme am 18-jährigen, gesellschaftsverdummenden dumpf-stumpfen Monolog der Macht. Wir sind der Staat.

Ein Zusammentreffen richtig zu machen, hätte geheißen, daß da Leute in einen Austausch kommen, ein Stück Wirklichkeit, Wirklichkeit von Leben für uns, indem wir zusammen sind — und Wirklichkeit für sie, wenn sie uns zusammen erfahren hätten. Daß sie uns zusammen mitbekom-

men, das war der zweite Grund, warum wir es nur so wollten. Das hätte zumindest bei einigen die wahnhaften Bilder purzeln lassen — Soldatinnen, die ihre Zellen demonstrativ spartanisch einrichten, vom Fanatischen ins Pathologische changierend (Realität: jahrelanger Grabenkrieg um jeden Scheiß). Aberschon klar: Militant gegenüber den Gefangenen — augenzwinkernd gegenüber dem Polizeistaat. Wir sind der Staat.

Unsere Vorstellung war nicht, solche Zusammentreffen zu institutionalisieren. Wir dachten an eine Art Vorgespräch. Und dann hätte man weitergesehen. Sie und wir. Aber der zentrale Punkt war für uns dabei: alle zusammen. Was zusammen für uns bedeutet, hat Brigitte<sup>1</sup> in einem Brief zu einem früheren Zeitpunkt dieser „Dialog“-Geschichte geschrieben, den wir jetzt mitveröffentlichen.

Es war nicht unsere Idee — ein Gespräch mit Prominenten aus dem satten und garantierten Teil der Gesellschaft ist nicht unser dringendstes Bedürfnis. Aber wenn Leute, die sich aufgrund ihrer Prominenz zu etwas berufen fühlen, und sich in ihrem Aufruf auch noch zu Repräsentanten der ganzen Gesellschaft erklären, eine Sache beginnen, die sie fast schon zu einem „historischen Einschnitt“ aufdonnern, dann gehen wir nicht mehr davon runter, daß sie dann auch einen Ausgangspunkt setzen wollen müssen, der wirklich ein Kontinuum unterbricht. Sie wollten das nicht, sie wollten ein Dutzend Aussteiger, ja anders ergibt das Ganze auch gar keinen Sinn. Nachdem klar war, daß sie sich da verrechnet hatten, wurde nicht mehr der Dialog aller Gefangener untereinander und mit draußen verlangt, sondern Klartext gesprochen:

„In Celle, in Lüneburg, in Moabit wiederum sind Häftlinge in Dreiergruppen zusammengefaßt — eine Lösung, die wegen des dabei zwangsläufig entstehenden Gruppendrucks von einer Expertin wie Antje Vollmer für sehr wenig sinnvoll gehalten wird.“ ('SZ' 8.4. '88)

Nicht wir, die Gefangenen-Gruppe, verweigerten das Gespräch, die Weigerung geht schlußendlich von denen aus, deren soziale Utopie in der Identifikation mit dem imperialistischen Staat ihren stillen Winkel gefunden hat, ohne daß allerdings der missionarische Eifer ebenfalls nachgelassen hätte. Worüber sonst sollten sie reden als über: Wir, die (Repräsentanten der) Gesellschaft, wir sind der Staat? In der Logik dieses neuen, alten Denkens liegt es, wenn schnell anderen Spaltungsvorhaben zugestimmt wurde. Von denen wir ahnten, daß sie kommen würden, und zu denen wir vorsorglich, beim Besuch im März, schon mal nein gesagt hatten. Was Vollmer nicht davon abhielt, mit Krumsiek den nordrhein-westfälischen Hochsicherheitskleinstgruppenisolationdialog mit der Gesellschaft auszukungeln.

Gegen die Legende von den Hardlinern beider Seiten, eine Legende, die ein breites Mittelfeld von Versöhnern statt Spalten suggeriert, erinnern wir daran: Isolationsfolter in der Bundesrepublik und der Einstieg in die Isolationsfolter in Westeuropa geht nicht auf Leute wie Strauß, Zimmermann und Rebmann zurück, auch wenn die sich, wie so oft in der Geschichte, auf dem eindeutig strukturierten Terrain aufbauten. Es sind die Namen Brandt, Schmidt, Posser, Hemfler, Baum, Aug-

stein, Genscher, Herold, Krumm und andere aus der sozialliberalen Ära „Modell Deutschland“, die damit historisch verbunden sind. Eine der ersten Reformen der Regierung Brandt 1970 war die Auflage eines Programms Innere Sicherheit — mit diesem Programm wurde 1970 der Grundstein für die zentrale Rolle des BKA und somit für die heutige Struktur von Paralleljustiz und Parallelpolizei gelegt — ein Programm im übrigen, das vor der Befreiung von Andreas Baader am 14.5. '70 beschlossen wurde. Der erste Tote Trakt wurde 1972 in Köln-Ossendorf mit Ulrike<sup>2</sup> belegt, der erste Mordversuch lief 1973 im sozialdemokratisch regierten Hessen: Wasserzug bei Andreas<sup>3</sup> im Hungerstreik. Die brutalsten Formen der Isolation gibt es noch heute, ein dreiviertel Jahr nach der zum Fenster hinaus verkündeten Nachdenklichkeit, in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern: die nordrhein-westfälischen SPD-Hardliner vollstrecken noch heute eines der rigidesten Isolationsprogramme, in Köln-Ossendorf gegen Heidi Schulz und Christa Eckes, Hofgang nur mit Neo-Faschistin oder gar keiner; in Bielefeld-Brackwede gegen Siegfried Hofmann und Ingrid Jakobmeier, unerbittlich wie 1977; Rolf Klemens Wagner wird in Bochum von einer Station auf die andere verlegt, weil er Kontakt mit anderen Gefangenen hatte; aus demselben Knast werden dieser Tage Prügel gegen einen Gefangenen aus dem Widerstand bekannt; das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte vor ein paar Wochen einen Genossen zu 18 Monaten ohne Bewährung — er hatte einem Gefangenen in einem NRW-Knast einen Bericht über eine Veranstaltung geschickt, in dem das Wort Zusammenlegung vorkam. Die Hamburger SPD-Hardliner haben bis vor kurzem ein Isolationsprogramm gegen Barbara Ernst vollstreckt — bis zum letzten Tag, der Entlassung. Findig, wie die sozialdemokratischen Macher nun einmal sind, haben sie nach 18 Jahren noch eine Lücke in der Isolation entdeckt — und gestopft: Briefe aus der laufenden Korrespondenz mußte Barbara kurz nach Empfang wieder abgeben, sonst hätte sie keine neue Post bekommen, somit war selbst diese über die Knastzensur geführte Restkommunikation ausgehebelt: Dialog zwischen drinnen und draußen.

Schließlich besteht eine der reformerischen Errungenschaften der sogenannten rotgrünen Koalition in Hessen in der Zustimmung und Errichtung eines basisdemokratischen und absolut gewaltfreien Hochsicherheitsgefängnisses, ein Stück in Beton gegossener Zivilisationsverlust, ausgeklüggelt und gebaut nach dem Vorbild des weltweit berühmtesten Marion Prison in den USA.

Wir sind der Staat.

Historische Zäsur — hieß, von den Tatsachen der letzten 18 Jahre ausgehen, um zu einer Auflösung im Sinn von Gesellschaft und Macht von unten zu kommen, nicht im Sinn einer Grünen Alternativ-Verstaatlichung der Gesellschaft. Die Zusammenlegungsforderung entspricht tradiertem internationalen Recht für politische Gefangene, in der Haft zusammen zu ein. Daß diese internationale Norm auch in der Bundesrepublik respektiert würde, damit hat schließlich der Vertreter der Bundesregierung im April 1986 vor dem UNO-Menschenrechts-

ausschuß in New-York — befragt nach unseren Haftbedingungen — Eindruck zu schinden versucht.

Der real existierende Sonderstatus, den wir, die Gefangenen aus der Guerilla, seit 18 Jahren als repressiven Sonderstatus haben, löst sich nicht dadurch auf, daß politische Gefangene nach einem Jahrzehnt Gehirnwäsche abschwören. Nur wer sich in einer Partei heimisch fühlt, die dem Bau von Hochsicherheitsgefängnissen zustimmt, kann so etwas für normal halten. Normalität ist die

Normalität des imperialistischen Staates.

Das ist der blinde Fleck, der, das ist richtig, in der Folge allerdings dazu führt, sich gegen die Irregularität von Widerstand ganz generell zuzusperren, schließlich ihn militant zu bekriegen. Der erste Schritt zur Überwindung des real existierenden Sonderstatus wäre die Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu großen Gruppen und die Schaffung von Bedingungen, unter denen unzensurierte Debatten zwischen drinnen

und draußen möglich werden, kurz, die Durchsetzung der Selbstverständlichkeit für gefangene Menschen, im Knast zusammenarbeiten und leben zu können. Juli '88 Lutz Tauffer

<sup>1</sup> Brigitte Mohnhaupt  
<sup>2</sup> Ulrike Meinhof

## Erklärung von Brigitte Mohnhaupt

Wir lesen, Kinkel<sup>1</sup> hat erschreckende Eindrücke von einer Reise durch die Trakte gewonnen; taz stellt nach alle den Jahren besonders menschenverachtende Einzelhaftbedingungen fest usw., in der Glotze, überall wird plötzlich die Isolation entdeckt.

Was ist los? Sie wissen, daß sie politisch nicht mehr zu halten ist. Das ist das, was wir im letzten HS<sup>2</sup> endlich durchgestoßen haben: das ganze Gebäude, das sie darum hochgezogen hatten, ist ihnen in den Händen zerbrochen, und sie können es so nicht nochmal aufrichten.

Die Mobilisierung für die Zusammenlegung hat nicht aufgehört, und sie sind auch international immer wieder damit konfrontiert, daß die Isolation als Folter begriffen und geächtet ist. Vor der UN-Menschenrechtskommission hat sich der BRD-Vertreter '86 damit verteidigt, daß er den Delegierten dort vorgelogen hat, wir wären alle in Gruppen zu dritt und den ganzen Tag zusammen. In den revolutionären Gefangenenkämpfen überall wird für kollektives Zusammenleben und gegen die Isolation gekämpft; in Peru, Chile, El Salvador, Irland, Portugal, in Spanien, wo die Gruppen nach BRD-Muster zerschlagen werden, in der Türkei und Kurdistan, in Frankreich gerade der Streik unserer Genossen.

Daraus kommt das jetzt. Und konkret heißt es, daß das, was die BAW<sup>3</sup> seit '77 will — am liebsten jeder von uns in einem extra Knast und dann ihr NVZ-Programm<sup>4</sup> —, nun die endgültige Lösung sein soll. Gegen die Zusammenlegung und die Mobilisierung draußen, umal denen, die nicht viel wissen, aber die erschrecken, wenn unsere Mütter mit Plakaten auf der Straße stehen und ihnen sagen, wie es ist, zu erklären: Die Isolation haben wir jetzt abgeschafft.

Sie ist nicht abgeschafft. Aber sie ist politisch und praktisch gescheitert. Zuerst an uns, weil sie ihren Zweck nie erreicht hat. Das ganze Projekt, in den sechziger Jahren an US-Soldaten getestet und hier gegen die Gefangenen umgesetzt als die Methode in der NATO-Demokratie — sauber, nichts zu sehen, nur das Ergebnis — hat ihnen in den 18 Jahren zwei Gefangene aus der RAF gebracht, die Aussagen gemacht haben, Ruhland und Müller. Aber es haben auch nicht alle die Kraft gehabt, dagegen zu kämpfen, ihre Erfahrungen und ihr Bewußtsein von draußen nicht aufzugeben. Viele sind liegengelassen auf

diesem langen Weg. Und wir haben viele, mit denen wir angefangen haben, in dem Kampf verloren. Holger, Siegfried, Katja, Ulrike, Andreas, Gudrun, Jan, Nina und Sigurd<sup>5</sup>, der mit uns zusammenwollte.

Aber uns als Gruppe konnten sie nicht liquidieren. Wir sind die Gruppe geblieben, auch so, voneinander getrennt und alleine, weil das die existentielle und politische Erfahrung ist, die wir nicht loslassen: unser Kollektives Leben und kollektive Praxis. Das Wichtigste, was jeder von uns erlebt, begriffen, gelernt hat, kommt aus dieser Erfahrung, und ein anderes Leben gibt es für uns nicht mehr.

Der Guerilla ist die Gruppe — das ist es draußen. Hier in den Bedingungen, die dir alles wegfressen, wo der sinnlich-praktische, der direkte Prozeß von Politisierung zusammen, sein Stoffwechsel abgeschnitten ist, ist das der Kern, den sie nicht zerstören können, wenn man es nicht selbst zuläßt. Wenn du es dir jeden Tag erkämpfst, die Beziehung zu den anderen, zum Leben, zur eigenen Realität, durch alles durch, die Mauern und die ganze Schinderei. Das ist der Grund, warum die Isolation nicht gesiegt hat. Und in den kollektiven Streiks haben wir uns immer wieder Luft verschafft und sie zurückgedrängt. Für eine Weile.

Die grundsätzliche materielle Veränderung, die wir wollen, haben wir nicht durchgesetzt, aber aus unserem Widerstand hat sich ein Begriff entwickelt, wofür wir in diesen Löchern kämpfen, der jetzt mit den neuen Erfahrungen, Lebens- und Kampferfahrungen zusammenhängen in den Prozessen draußen zusammenkommt. Und wogegen wir kämpfen, das war ja im letzten HS zu spüren, das ist keine Frage mehr. Es ist klar, daß es nicht mehr geht. Deswegen jetzt das „grüne Licht“ für die NVZ-Offensive. Die Entpolitisierung, die Dressur andersrum.

Über den NVZ will ich mich nicht auslassen, da haben die Frauen in der Plötze<sup>6</sup> auch wirklich alles gesagt. Und jeder, der was verstehen will, hat verstanden, was sie gefordert haben: freie Entscheidung über das Wie und mit wem zusammenleben im Knast, Menschen sein gegen die Entmenschlichungsmechanik.

Der Staat bekämpft die Zusammenlegung auf diese Weise, auf dieser Ebene, weil in ihr alles ist, was er haßt und überall plattmachen will, wo es sich in der Gesellschaft herausbildet und artikuliert, weil als Mensch zu leben überhaupt der Antagonismus ist zur imperialistischen Struktur, zu dieser ganzen Tödlichkeit und Perversion. 24 Stunden selbstbestimmt, und sozusammen. Die Fähigkeit, frei zu sein, und daraus das Verhältnis zueinander. Den Raumsich zu nehmen, in dem man nachdenken, arbeiten, und leben kann. Auch in den Betonnestern hier.

Weil es immer wieder benutzt wird, sag ich es jetzt nochmal: Es geht um das materielle Ziel, nicht um etwas Weitergehendes wiederechtlichen Status, die Anerkennung als politische Gefangene. Wir sind, was wir sind. Das ist ihr Problem, nicht unseres. Sie wollen die politische Realität in der BRD seit 18 Jahren zwanghaft wegdrücken, und es gibt kein Mittel, das sie dabei ausgelassen haben.

Wir kommen alle aus der Guerilla und dem Frontprozeß, aus dem Politisierungs- und Revolutionierungsprozeß seit '67. In der Zusammenlegung drückt sich nichts anderes aus als diese Wirklichkeit, die Wirklichkeit des revolutionären Prozesses hier. So ist sie politisch — und ihre Verhinderung zur strategischen Position für den Staat geworden.

Sie hat auch nichts mit Ideologie, Anspruch oder was weiß ich zu tun. Es ist unser Leben und unsere Identität, was wir verteidigen in dieser Gewaltsituation, und die einzige Möglichkeit, ganz zu bleiben. Die einzige Möglichkeit, daß der Sinn wieder praktisch und konkret erfassbar wird.

Es gibt nichts anderes mehr. Nicht den NVZ, halb, dreiviertel oder voll, und es gibt keinen Kompromiß zu den großen Gruppen. Nach dieser Zeit nicht mehr, dafür ist es zu spät. Es ist die Lebensgrundlage für uns, ohne die es nicht geht. So einfach ist es, und genauso absolut.

April '88 Brigitte Mohnhaupt

<sup>1</sup> Kinkel: Klaus Kinkel, Staatssekretär im Bundesjustizministerium

<sup>2</sup> HS: Hungerstreik

<sup>3</sup> BAW: Bundesanwaltschaft

<sup>4</sup> NVZ: Normalvollzug

<sup>5</sup> Holger: Holger Meins

Siegfried: Siegfried Haussner

Katja: Katharina Hammer schmidt

Ulrike: Ulrike Meinhof

Andreas: Andreas Baader

Gudrun: Gudrun Ensslin

Jan: Jan-Karl Raspe

Nina: Ingrid Schubart

Sigurd: Sigurd Debus

<sup>6</sup> Plötze: Frauen-Justizvollzugsanstalt Plötzensee, Berlin-West

## Bundesanwaltschaft

### Rebmann weitet seine Tätigkeit aus

Eine weitere Ausweitung der Verfolgung nichtstaatstragender politischer Tätigkeit durch die Bundesanwaltschaft ist zu erwarten. Das jedenfalls muß man aus den von Generalbundesanwalt Rebmann auf der Halbjahrespressenkonferenz am 21. Juli vorgelegten Materialien und seinen Äußerungen auf dieser Konferenz entnehmen. Rebmann wertet es als Erfolg der Razzien- und Verfolgungstätigkeit von Bundeskriminalamt und Landkriminalämtern, daß die sogenannten „linksterroristischen“ Anschläge — gemeint sind Anschläge auf Einrichtungen von Atomenergieunternehmen, der Rüstungsindustrie, Genforschungseinrichtungen und Einrichtungen, die die imperialistischen Umtriebe der BRD in der Dritten Welt fördern — in den letzten drei Jahren von Jahr zu Jahr weniger geworden sind. Daraus folgert die Bundesanwaltschaft aber keineswegs, daß sie nun ihre Tätigkeit einschränken könne. Mit ihren Methoden wird die Bundesanwaltschaft immer rabiater. Allein im letzten Jahr führten Bundeskriminal- und Landkriminalämter drei zentral koordinierte, bundesweite Razzien gegen westdeutsche und ausländische Organisationen und Gruppen durch. Auf diesem Weg will die Generalbundesanwaltschaft weiter verfahren. Die verstärkte Zentralisierung von Bundes- und Länderpolizeien soll das Material zur Verfolgung liefern.

Ende Mai räumte die Kölner Polizei ein besetztes Haus und beschlagnahmte dabei die persönlichen Archive der Bewohner. Die Polizei übergab diese Sammlungen von Zeitungsausschnitten, Broschürenentwürfen, Flugblättern, Zeitschriften usw. dem Bundeskriminalamt, und die Bundesanwaltschaft bemüht sich nun, aus den vermutlichen Besitzern der beschlagnahmten Schriften „zum militärisch-industriellen Komplex“ eine Vereinigung nach § 129a (terroristische Vereinigung) zu konstruieren. (1) Auf ähnliche Weise ging die Bundesanwaltschaft bei der Verfolgung von I. Strobl, U. Penselin und vier weiteren, zur Zeit mit Haftbefehl gesuchten Leuten vor: Als für die Anklage wichtige Tatsache führt Rebmann in der entsprechenden Pressemitteilung auf, daß sich alle sechs intensiv mit der Kritik der Gentechnologie befaßt hätten. Um tätig zu werden, reichen der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt also zunehmend Hinweise auf die politische Kritik an den Tätigkeiten und Bestrebungen westdeutscher und internationaler Konzerne. Solche Hinweise kann jede Polizeirazzia in Kreisen der politischen Opposition für die Bundesanwaltschaft beschaffen.

Ein zweiter seit der Gesetzesänderung zum 1. Januar 1987 zunehmend wichtiger Schwerpunkt der Bundesanwaltschaft ist die Verfolgung von Ausländern. Rebmann führt etwa 60 Leute der politischen Opposition, gegen die er ermittelt bzw. Anklage erhoben hat, namentlich auf. Davon sind die Hälfte Ausländer, 20 Kurden, fünf Palästinenser und fünf Tamilen, außerdem berichtet er über Fahndungen nach Mitgliedern irischer, iranischer und palästinensischer Organisationen. Von den Bundeszentralregister eingetragenen verurteilten 4,5 Millionen Personen sind etwa 20 Prozent Ausländer.

(1) Kölner Stadt-Anzeiger, Die Welt v. 22.7.88; weitere Quelle: Pressemitteilung des Generalbundesanwalts v. 21. Juli 1988 mit Anlagen

## Duisburger-Verfahren

### OLG will § 129 a erweitern

Gelsenkirchen. Am 17.5.1988 begann vor dem OLG Düsseldorf der Prozeß gegen vier Leute aus Duisburg wegen „Mitgliedschaft in der RAF“ sowie zwei Sprengstoffanschlägen, die ihnen zugerechnet werden sollen. Die Verteidigung geht davon aus, daß die unterstellten konkreten Straftaten sich nicht beweisen lassen.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) vom 18.5.1988 umschreibt die Zielsetzung des Prozesses so: „Wenn es der Bundesanwaltschaft gelingen würde, in diesem ... Prozeß ein Urteil herbeizuführen, in dem diese ‚Illegalen Militanten‘ als Gruppen innerhalb der RAF ... definiert würden, dann wären Terroristen in Tatbereichen künftig auch von vornherein als ‚terroristische Vereinigung‘ zu erfassen und anzuklagen.“

Wie dies geschehen soll, ergibt sich aus Anklageschrift und bisherigem Prozeßverlauf. Die FAZ: „Die Angeklagten ... waren ... noch nicht in den Untergrund abgetaucht. Sie waren als Atomkraftgegner, Friedensdemonstranten, auch als Hausbesetzer bekannt. Wann die Hemmschwelle zur direkten Gewaltkriminalität sich senkte, wird noch zu untersuchen sein.“ In der Anklageschrift wird als Beleg u.a. folgendes aufgeführt: Sammeln von linksextremistischem Schriftgut, Anlegen von Archiven, Besitz von Unterlagen zum „Frankfurter Kongreß“, von Kopien aus „RAF-Publikationen“, Teilnahme an Veranstaltungen zum „Hungerstreik“, Briefwechsel und Besuch von RAF-Inhaftierten.

Auf dieser Linie wurde der Prozeß eröffnet. Die Entwicklung von Mitgliedern der RAF wurde dargelegt, um von den Schulnoten der Angeklagten bis zu ihrer Teilnahme an Demonstrationen den Eindruck zu erwecken, diese hätten dieselbe Entwicklung hinter sich. Aus der Anklageschrift ergibt sich, wie die Anwendung des § 129 a StGB auf politische Gegner dieses Systems ausgeweitet werden soll. Die RAF gliedert sich in „Guerilla“, „Widerstand“ und „Gefangene“. Zum „Widerstand“ werden sog. „Illegale Militante“ und „Kämpfende Einheiten“ gezählt.

Die Verteidigung hatte zu Beginn Befangenheitsanträge gegen die Richter und den psychiatrischen Gutachter gestellt; gegen die Richter u.a. wegen der schleppenden Bearbeitung dringender Anträge. Die Anträge wurden alle in der bekannten Kürze abgelehnt, u.a. sinngemäß damit, daß dies alles nur Propaganda sei.

Für die FAZ ist schon alles klar: „Es fällt schwer, diese Angeklagten angesichts ihres Verhaltens im Gerichtssaal und ihrer ungebrochenen Bekennnisbereitschaft zu militanten Aktionen noch als nur mutmaßliche Terroristen zu bezeichnen.“ Darum geht es auch. Die Verteidigung schrieb in einer Pressemitteilung: „Mit dem Instrument des § 129 a StGB sollen hier ein weiteres Mal ... nicht erwünschte politische Gesinnung und Kontakte zu RAF-Gefangenen beispielhaft strafverfolgt werden.“